Beschlussvorlage

für den

Kreisausschuss
Kreistag

Neufassung der Unternehmenssatzung der Abfallwirtschaft Heidekreis AöR (AHK)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Unternehmenssatzung für die Abfallwirtschaft Heidekreis (AHK).

Sachverhalt und Rechtslage:

Anlass für die Neufassung der Unternehmenssatzung der AHK bietet die Verordnung über kommunale Anstalten (KomAnstVO) vom 18.10.2013 (Nds. GVBl. S. 244). Nach § 30 KomAnstVO ist die Unternehmenssatzung vor dem 01.01.2015 an die Bestimmungen der neuen Verordnung anzupassen. Bei dieser Gelegenheit werden die Regelungen der Unternehmenssatzung der AHK auch an das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 567) angepasst, indem Verweise auf die frühere Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) ersetzt werden. Gleiches gilt für die Verweise auf das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG), an deren Stelle Verweise auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWVG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) treten.

Auch findet die Umbenennung des Landkreises Soltau-Fallingbommel in Heidekreis Berücksichtigung.

Im Einzelnen:

Nach § 1 Abs. 2 KomAnstVO müssen kommunale Anstalten in oder neben ihrem Namen die Bezeichnung „Anstalt des öffentlichen Rechts“ führen. Demnach ist eine Änderung des Namens der AHK in „Abfallwirtschaft Heidekreis (AHK) - Anstalt des öffentlichen Rechts“ erforderlich. Dem trägt § 1 Abs. 2 der Unternehmenssatzung Rechnung. Die folgenden Regelungen werden ebenfalls an die Namensänderung angepasst.

Gemäß § 3 KomAnstVO können die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der kommunalen Anstalt wahlweise auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) oder auf der Grundlage der Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erfolgen. In Anwendung von § 142 Satz 1 NKomVG kann die Kommune diese Entscheidung in der Unternehmenssatzung treffen. Dies ist in § 10 Abs. 2 der Unternehmenssatzung geschehen, wonach Grundlage für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen die Vorschriften des HGB sind.

Da die AHK die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen auf der Grundlage des HGB vornimmt, kann der Verweis in § 5 Abs. 5 auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt gestrichen

werden.

Nach § 3 Abs. 1 der Unternehmenssatzung wird der AHK die Aufgabe der Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten übertragen. Sie nimmt diese Aufgaben künftig selbst wahr.

Nach § 29 Abs. 4 Satz 1 KomAnstVO nimmt die Anstalt die ortsüblichen Bekanntmachungen vor, wie die Kommune ihre ortsüblichen Bekanntmachungen vorzunehmen hat. Der Landkreis Heidekreis als Träger der kommunalen Anstalt entschied sich in § 6 seiner Hauptsatzung vom 04.11.2011 dafür, Bekanntmachungen bzw. Verkündungen im Internet unter www.heidekreis.de vorzunehmen. Dabei ist auf die Bereitstellung unter Angabe des Bereitstellungstages und auf die Internetadresse in der Böhme-Zeitung und in der Walsroder Zeitung nachrichtlich hinzuweisen. Dementsprechend erfolgen nach § 12 der Unternehmenssatzung Bekanntmachungen der AHK künftig auf der Internetseite des Heidekreises. Die Bekanntmachung auf der Seite der AHK erfolgt als nachrichtliche Bekanntmachung zusätzlich. Gleiches gilt für die Bekanntmachung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung sowie aller weiterer öffentlicher Bekanntmachungen der Anstalt.

Die bisherige Überleitungsregelung (§ 13 a. F.) kann entfallen. Der Personalüberleitungsvertrag bleibt davon unberührt und weiterhin gültig.

Chancengleichheitsprüfung:

Eine Chancengleichheitsprüfung wurde nicht durchgeführt.

Begründung: Der Beschluss berührt die Thematik „Chancengleichheit“ nicht.

Anlagen

Lesefassung Unternehmenssatzung

Synopse Unternehmenssatzung